



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Ziele des Bundesrates 2015

Band II

Die Ziele des Bundesrates 2015 – Band II

Bundesratsbeschluss vom 29. Oktober 2014

Einleitung	3
Bundeskanzlei	4
Departement für auswärtige Angelegenheiten	6
Departement des Innern.....	11
Justiz- und Polizeidepartement	15
Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport.....	18
Finanzdepartement	20
Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung	24
Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation	28

Herausgeberin: Schweizerische Bundeskanzlei
ISSN: 1422-4518
Art.-Nr. 104.614.D

Vertrieb: BBL, Verkauf Bundespublikationen, CH-3000 Bern
www.bundespublikationen.admin.ch
Publiziert auch im Internet: www.admin.ch

Einleitung

Gemäss Artikel 51 des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes vom 21. März 1997 (RVOG) planen die Departemente ihre Tätigkeiten im Rahmen der Gesamtplanungen des Bundesrates (Legislaturplanung, Jahresziele). Die Bundeskanzlei unterstützt den Bundesrat bei diesen Planungs- und Koordinationsarbeiten (vgl. Art. 30, 32 RVOG).

Die jährliche Planung der Departemente berücksichtigt nicht nur die eigenen Ziele, sondern auch die Ziele des Bundesrates für das entsprechende Jahr. Für die Festlegung ihrer eigenen Ziele sind die Departemente selber verantwortlich. Den Departementen steht es folglich frei, die Ziele des Bundesrates innerhalb des gesetzten Rahmens zu konkretisieren oder sie ohne Änderungen in den departementalen Katalog aufzunehmen. Ebenso wird der Katalog der Jahresziele des Bundesrates um zusätzliche, hauptsächlich in den Zuständigkeitsbereich der Departemente fallende Geschäfte erweitert.

Die inhaltliche Abstimmung der Ziele spiegelt sich auch in der Form ihrer Präsentation im vorliegenden Dokument wider. Damit sich die Kommunikation auf Regierungs- und Departementsebene einfacher gestaltet, wurde eine einheitliche und zusammenfassende Darstellung der Ziele der Departemente und der zu ihrer Umsetzung vorgesehenen Massnahmen gewählt. Auf diese Weise kann ein schneller Überblick über die geplanten Aktivitäten gewonnen werden.

Die Jahresziele 2015 der eidgenössischen Departemente und der Bundeskanzlei bilden die Grundlage für den Geschäftsbericht des Bundesrates 2015 – Band II, den der Bundesrat im Frühjahr 2016 verabschieden wird.

Zeichenerklärung:

* basierend auf den Zielen des Bundesrates für das Jahr 2015

Bundeskanzlei

Ziel 1: Zielgerichtete Umsetzung der Entwicklungs- und Organisationsprozesse

- ▶ Der Präsidialdienst ist inhaltlich, organisatorisch und personell aufgebaut, und die vom EDA vertraglich detachierte Personen nehmen am 1. Januar 2015 ihre Arbeit auf.
- ▶ Der Projektauftrag für das Nachfolgeprojekt «GEVER-Realisierung» wird im ersten Quartal 2015 der Generalsekretärenkonferenz zur Kenntnisnahme vorgelegt, der Zuschlag für die beiden GEVER-Produkte im Rahmen des WTO-Verfahrens ist bis Mitte 2015 erfolgt, und die Bundeskanzlei hat im dritten Quartal 2015 die Wahl ihres GEVER-Produkts getroffen.
- ▶ Der Bundesrat nimmt vom Jahresbericht 2014 zum Umsetzungsstand der Arbeiten «GEVER-Bund» bis Mitte 2015 Kenntnis und beschliesst bei Bedarf notwendige Massnahmen.*
- ▶ Das Vertragsmanagement in der Bundeskanzlei wird im ersten Quartal 2015 eingeführt, der Beschaffungsprozess für alle Arten von Beschaffungen ist bis Mitte 2015 standardisiert und dokumentiert, und die Einhaltung der beschaffungsrechtlichen Vorgaben ist jederzeit nachvollziehbar.
- ▶ Die Instrumente und personellen Ressourcen zur Lage- und Umfeldanalyse sowie zur Krisenfrüherkennung gemäss Bundesratsbeschluss sind bis Mitte 2015 entwickelt, bereitgestellt und einsatzbereit.

Ziel 2: Zielgerichtete und effiziente Erfüllung der Aufgaben

- ▶ Die WTO-Ausschreibung für die Analyse der Abstimmungsergebnisse ist aufgrund einer Bedarfsanalyse bis Mitte 2015 rechtskonform erfolgt, und der Zuschlag ist bis Ende 2015 erteilt und publiziert.
- ▶ Eine revidierte Vernehmlassungsverordnung und eine revidierte Publikationsverordnung werden im dritten Quartal 2015 dem Bundesrat vorgelegt, sodass sie zusammen mit den entsprechenden revidierten Gesetzen auf den 1. Januar 2016 in Kraft treten.
- ▶ Die konzeptionellen Vorbereitungsarbeiten für die Nationalratswahlen 2015 sind bis Ende 2014 abgeschlossen, die Wahlvorschläge bis Ende August 2015 geprüft, und der Wahlbericht ist bis Ende November 2015 dem Bundesrat unterbreitet.
- ▶ Auf der nationalen Wahlplattform ch.ch und in der Wahlbroschüre sind im Wahljahr 2015 Informationen rund um die Nationalratswahlen publiziert.

Ziel 3: Termin- und inhaltsgerechte Umsetzung der strategischen Projekte

- ▶ Die definierten Anpassungen am «Neuen Bundesrechtsportal» sind bis Mitte 2015 umgesetzt, und die begonnenen Arbeiten betreffend KAV-Modernisierung werden im dritten Quartal 2015 nach terminlichen, inhaltlichen und finanziellen Vorgaben zu Ende geführt.

- ▶ Die erneuerte Webseite www.admin.ch wird im ersten Quartal 2015 aufgeschaltet und anschliessend kontinuierlich gemäss erarbeitetem Konzept inhaltlich weiterentwickelt.
- ▶ Der erste Pilot zur Ablösung der Anwendung EXE und der Neuentwicklung des Bundesratscontrollings (BRC) ist bis Mitte 2015 testbereit, sodass der zweite Pilot anschliessend darauf aufbauend entwickelt werden kann und Ende 2015 testbereit ist.
- ▶ Auf Bundesseite werden im ersten Quartal 2015 die Voraussetzungen zur Einführung der elektronischen Stimmabgabe in einzelnen Kantonen geschaffen, und der elektronische Stimmkanal ist für die Nationalratswahlen 2015 in einzelnen Kantonen nutzbar.
- ▶ Die neue Datenbank für ausserparlamentarische Gremien wird im ersten Quartal 2015 eingeführt.
- ▶ Die Aufträge der Gesamtprojektleitung «Neues Führungsmodell Bund» (NFB) der Eidgenössischen Finanzverwaltung sind fristgerecht erfüllt, und die relevanten Prozesse werden im dritten Quartal 2015 angepasst.

Departement für auswärtige Angelegenheiten

- Ziel 1: Pflege und Ausbau unserer Beziehungen zu den Nachbarstaaten mit einem besonderen Augenmerk auf die Grenzregionen und raschen, nachhaltigen Lösungen bestehender Herausforderungen**
- ▶ Der Bundesrat setzt seine Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten in strategisch wichtigen Sachbereichen auf bilateraler sowie auf multilateraler Ebene fort.*
- Ziel 2: Erneuerung und Vertiefung unserer Beziehungen zur Europäischen Union unter langfristiger Wahrung unseres politischen Handlungsspielraums und unserer wirtschaftlichen Interessen**
- ▶ Eine Lösung zur Wahrung der bilateralen Verträge mit der EU wurde gefunden.*
 - ▶ Der Bundesrat hat die Botschaft zur Umsetzung der neuen Verfassungsbestimmung zu Art. 121a Bundesverfassung (BV) verabschiedet.*
 - ▶ Die im 2014 geführten Verhandlungen über ein institutionelles Abkommen mit der EU sind abgeschlossen.*
 - ▶ Der Bundesrat hat von den Zwischenergebnissen Kenntnis genommen und – wenn bereits vorliegend – vom Endergebnis der Verhandlungen mit der EU zur Umsetzung des automatischen Informationsaustausches (AIA), wobei der exakte Umsetzungsfahrplan auch vom Zeitplan der EU abhängen wird.*
 - ▶ Die Botschaft zur Assoziierung der Schweiz am EU-Rahmenprogramm «Creative Europe», das neben MEDIA künftig neu auch ein Kulturförderungsprogramm umfasst, ist verabschiedet.*
 - ▶ Der Bundesrat hat 2015 eine Abwägung der Wunsch- und Machbarkeit eines möglichen sektoriellen Abkommens mit der EU im Finanzdienstleistungsbereich (FDLA) vorgenommen und das weitere Vorgehen definiert.*
 - ▶ Die Schweiz führt Verhandlungen mit der EU zum Abschluss eines Abkommens zur Teilnahme der Schweiz an Krisenmanagement-Operationen im Rahmen der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der EU.*
 - ▶ Nach Abschluss der Stromverhandlungen zwischen der Schweiz und der EU ist die Botschaft zu einem Stromabkommen verabschiedet.*
 - ▶ Der Bundesrat hat die Botschaft zur Ratifikation eines bilateralen Abkommens mit der EU über die Verknüpfung ihrer jeweiligen Emissionshandelssysteme verabschiedet.*
 - ▶ Der Bundesrat hat das Verhandlungsmandat mit der EU zur Teilnahme der Schweiz an der Prümer Zusammenarbeit, insbesondere unter Berücksichtigung des Zusammenhangs mit dem Zugang zu Eurodac, verabschiedet.*
 - ▶ Die Schweiz führt ihre Verhandlungen und Diskussionen mit der EU in verschiedenen sektoriellen Bereichen fort.

Ziel 3: Fortsetzung und Anpassung des Engagements der Schweiz zugunsten der Stabilität in Europa, in Grenzregionen zu Europa («entferntere Nachbarschaft») und in der übrigen Welt

Völkerrecht

- ▶ Der Bundesrat hat vom Vernehmlassungsergebnis zum dritten Fakultativprotokoll (2011) zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes (1989) betreffend ein Mitteilungsverfahren Kenntnis genommen und voraussichtlich die Botschaft zu dessen Genehmigung in der ersten Jahreshälfte 2015 verabschiedet.*
- ▶ Die Schweiz hat die 32. Internationale Konferenz vom Roten Kreuz und Roten Halbmond, die Ende 2015 in Genf stattfindet, finanziell, inhaltlich und organisatorisch unterstützt. In diesem Rahmen hat sie gemeinsam mit dem IKRK konkrete Vorschläge für die bessere Einhaltung des humanitären Völkerrechts unterbreitet, insbesondere die Gründung einer Konferenz der Vertragsstaaten der Genfer Konventionen.
- ▶ Das Forum zum Montreux-Dokument, das die völkerrechtlichen Verpflichtungen privater Militär- und Sicherheitsunternehmen im Kontext bewaffneter Konflikte regelt, ist etabliert und operationell.
- ▶ Die Schweiz hat 2015 eine internationale Konferenz zur Schaffung internationaler Standards für eine effiziente Rückführung gestohlener Gelder organisiert.
- ▶ Die Schweiz beteiligt sich als aktive und kompetente Partnerin im Bereich Prävention und Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Insbesondere nimmt sie intensiv am Fach- und Erfahrungsaustausch im Rahmen des Globalen Forums gegen den Terrorismus (GCTF) teil. Sie unterstützt speziell den aus dem GCTF hervorgegangenen Global Community Engagement and Resilience Fund (GCERF) in Genf.*

OSZE-Präsidentschaft

- ▶ Der Schlussbericht zum Schweizerischen Vorsitz der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) 2014 ist verabschiedet. Die Schweiz – auch als Teil der OSZE-Troika - hat ihr Engagement nach dem OSZE-Vorsitz 2014 weitergeführt, insbesondere mit einem Fokus auf ungelöste Konflikte und Sezessionsfragen im Westbalkan, im Südkaukasus, in Zentralasien und in der Ukraine gemäss dem zweijährigen Arbeitsplan 2014–2015, der gemeinsam mit Serbien definiert wurde. Sie hat die Beziehungen auf multilateraler Ebene im Rahmen des Vorsitzes der OSZE-Kooperationspartnerschaft mit Asien vertieft, den die Schweiz 2015 innehat.*

Internationale Zusammenarbeit

- ▶ Die Schweiz nimmt an den Verhandlungen zur Verabschiedung eines neuen globalen Zielrahmens für nachhaltige Entwicklung post-2015 teil.*
- ▶ Der Bundesrat überweist die Botschaft über die Weiterführung des Bundesgesetzes über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas.*
- ▶ Die Schweiz nimmt Einfluss auf die strategische Ausrichtung des Green Climate Fund (GCF) und leistet einen angemessenen Beitrag an dessen Finanzierung.

- ▶ Das bilaterale Rahmenabkommen zwischen dem Bundesrat und der Regierung Kroatiens betreffend die Durchführung des Zusammenarbeitsprogramms zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der erweiterten Europäischen Union ist ausgehandelt.
- ▶ Die Schweiz hat ihr Engagement zugunsten der Menschenrechte und des humanitären Zugangs zu Opfern von Konflikten verstärkt. Sie hat die Nansen-Initiative umgesetzt. Die Mediationskapazitäten des Bundes wurden verstärkt.
- ▶ Die Schweiz hat ihr Engagement im Bereich der zivilen Friedensförderung verstärkt. Die Strategie des Bundesrates für den Mittleren Osten und Nordafrika ist umgesetzt.
- ▶ Die Schweiz hat ihr Handeln zur Bewältigung von Katastrophen verstärkt. Sie leistet einen substanziellen Beitrag zur Verabschiedung des neuen globalen Rahmenwerks zur Verringerung von Katastrophenrisiken.

Ziel 4: Stärkung und Diversifizierung unserer strategischen Partnerschaften ; Engagement für eine bessere globale Gouvernanz mit Fokus auf Themen, in denen die Schweiz über ein besonderes Knowhow verfügt, und konsequente Förderung von Genf als Standort für internationale Organisationen und Veranstaltungen

Strategische Partnerschaften

- ▶ Die Schweiz hat ihre strategischen Partnerschaften in Afrika, Asien und Amerika vertieft.

Genf als Standort für internationale Organisationen

- ▶ Der Bundesrat hat dem Parlament im zweiten Halbjahr 2015 eine Botschaft zur Genehmigung eines Darlehens an die Immobilienstiftung für internationale Organisationen (FIPOI) für den Abriss und Neubau des Sitzgebäudes der Internationalen Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften (IFRC) unterbreitet.*
- ▶ Der Bundesrat hat zum Darlehensbegehren der ILO zur Renovation ihres Gebäudes Stellung genommen und gegebenenfalls dem Parlament im zweiten Halbjahr 2015 eine Botschaft zur Genehmigung eines Darlehens an die Immobilienstiftung für internationale Organisationen (FIPOI) für die Ausrichtung dieses Darlehens unterbreitet.*
- ▶ Die Schweiz hat ihre Rolle als Gaststaat verstärkt, insbesondere mit der Klärung der rechtlichen Rahmenbedingungen der Schweizer Gaststaatpolitik, die Fortführung des Engagements zugunsten des Projekts der UNO zur Renovierung *des Palais des Nations* in Genf (Strategic Heritage Plan) sowie die Niederlassung in Genf des *Community Engagement and Resilience Fund* (GCERF).

Engagement für eine bessere globale Gouvernanz

- ▶ Die Schweiz unterstützt die UNO-Reform, insbesondere in den Bereichen der Friedenskonsolidierung, der Arbeitsmethoden des Sicherheitsrats und des Budgetverfahrens. Sie hat neue Vorschläge für die Stärkung der Rechtslage der UNO Sanktionen gemacht.

- ▶ Der Bundesrat hat den Bericht «Mitgliedschaft im UNO-Sicherheitsrat» (in Erfüllung des Po. APK-N 13.3005) verabschiedet.*

Menschenrechte

- ▶ Der Bundesrat verabschiedet anfangs 2015 den Bericht über die Menschenrechtsausserpolitik der Schweiz 2011 bis 2014 (als Anhang zum ausserpolitischen Bericht 2014). Insbesondere setzt der Bundesrat die Strategie für die Abschaffung der Todesstrafe 2013–2016 um, engagiert sich verstärkt für das Ziel, bis 2025 die Todesstrafe weltweit abzuschaffen, und ist für die Umsetzung der Schweizer Leitlinien zum Schutz von Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern besorgt.*
- ▶ Der Bundesrat hat das Datum des Inkrafttretens des Bundesgesetzes betreffend die im Ausland erbrachten privaten Sicherheitsdienstleistungen (BPS) und die entsprechende Ausführungsverordnung erlassen.*
- ▶ Der Bundesrat hat im ersten Halbjahr 2015 einen Bericht zum Aktionsplan zur Umsetzung der UNO-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte durch die Schweiz (in Erfüllung des Po. von Graffenried 12.3503) vorgelegt.*
- ▶ Der Bundesrat hat, gestützt auf eine Evaluation, eine Aussprache über die Zukunft des Schweizerischen Kompetenzzentrums für Menschenrechte geführt.
- ▶ Die Schweiz wurde in den Menschenrechtsrat gewählt. Sie hat bei der Gründung eines zwischenstaatlichen Zentrums für die Vergangenheitsbewältigung und die Prävention von Gräueltaten mitgewirkt. Der Nationale Aktionsplan zur UNO-Sicherheitsratsresolution 1325 ist umgesetzt.

Ziel 5: Ausbau der Unterstützung von Schweizer Staatsangehörigen, die im Ausland wohnen, reisen oder im Ausland in Not geraten sind, sowie gezielte Gefahrenprävention

- ▶ Das schweizerische Aussennetz ist nach den Grundsätzen der Universalität, der Kohärenz und der Effizienz weiterhin laufend auf seine Funktionalität und seine Sachdienlichkeit hin überprüft und auch 2015 wenn nötig entsprechend – unter Berücksichtigung der finanziellen Rahmenbedingungen – angepasst.
- ▶ Der Bund hat die Grundlagen geschaffen, damit die mit dem 2015 voraussichtlich in Kraft tretenden Auslandschweizergesetz einhergehenden Rechte und Pflichten der Schweizer Staatsangehörigen im Ausland von Beginn an optimal Anwendung finden können. Der *Guichet unique* ist realisiert und die schweizerische Öffentlichkeit ist mit gezielten Präventionsmassnahmen sensibilisiert auf Risiken, welche mit Aufhalten in bestimmten Weltgegenden verbunden sein können.
- ▶ Der Bundesrat hat den Bericht «Unterstützung für Schweizerinnen und Schweizer im Ausland» (in Erfüllung des Po. Abate 11.3572) verabschiedet.*

**Ziel 6: Realisation von Massnahmen für eine erfolgreiche Umsetzung der Strategie
Landeskommunikation 2012–2015**

- ▶ **Der Bundesrat verabschiedet im zweiten Halbjahr 2015 die Strategie der
Landeskommunikation für die Jahre 2016 bis 2019.***
- ▶ **Die Schweiz präsentiert sich an der Weltausstellung Expo 2015 in Mailand als
attraktives, solidarisches und verantwortungsvolles Land im Ernährungsbereich und
hat dabei ihre Beziehungen mit Italien vertieft.**

Departement des Innern

Ziel 1: Förderung der Gesundheit und Prävention

- ▶ Die Botschaft zum Tabakproduktegesetz ist verabschiedet.*
- ▶ Die Botschaft zum Bundesgesetz betreffend Schutz vor nichtionisierender Strahlung und Schall ist verabschiedet.*
- ▶ Der Aktionsplan «Radium» zur Bewältigung radiologischer Altlasten aus der Uhrenindustrie ist verabschiedet. Auf dieser Grundlage wird in den kommenden Jahren insbesondere ein Programm für die Diagnose und Sanierung von Wohnräumen, in denen mit Radium gearbeitet wurde, durchgeführt.
- ▶ Der Bundesrat hat die Inkraftsetzung des Epidemiengesetzes sowie die damit zusammenhängenden Ausführungsregelungen auf den 1. Januar 2016 beschlossen.
- ▶ Die nationale Strategie «Antibiotikaresistenzen» ist verabschiedet. Damit soll die Wirksamkeit der Antibiotika zur Erhaltung der menschlichen und tierischen Gesundheit langfristig sichergestellt werden.*
- ▶ Die nationale Strategie zur Überwachung, Prävention und Bekämpfung von nosokomialen Infektionen ist verabschiedet. Damit soll die Bevölkerung besser vor Infektionen, die in Spitälern und Pflegeheimen übertragen werden, geschützt werden.*
- ▶ Die nationale Strategie «Sucht» zur Vorbeugung, Früherkennung und Bekämpfung von Suchterkrankungen ist verabschiedet. Damit soll die Vorbeugung, Früherkennung und Bekämpfung von Suchterkrankungen, auch neuer Suchtformen wie Internetsucht, verbessert werden.*
- ▶ Der Bericht betreffend der Stärkung der Patientenrechte (in Erfüllung der Po. Kessler 12.3100, Gilli 12.3124 und Steiert 12.3207) ist verabschiedet.*
- ▶ Der Bericht über sexuelle Verstümmelungen an Frauen in der Schweiz (in Erfüllung der Mo. Bernasconi 05.3235) ist verabschiedet.*
- ▶ Der Bericht zur Zukunft der Psychiatrie (in Erfüllung des Po. Stähelin 10.3255) ist verabschiedet.*
- ▶ Der Bericht über beabsichtigte Massnahmen zur psychischen Gesundheit in der Schweiz (in Erfüllung des Po. SGK-SR 13.3370) ist verabschiedet.*
- ▶ Der Bericht «Migrationsbevölkerung. Gesundheit von Müttern und Kindern» (in Erfüllung des Po. Maury Pasquier 12.3966) ist verabschiedet.*

Ziel 2: Förderung von Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen

- ▶ Die Botschaft zur Teilrevision des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) im Zusammenhang mit der Steuerung des ambulanten Bereichs ist verabschiedet.*
- ▶ Die Botschaft zum Bundesgesetz zur Stärkung von Qualität und Wirtschaftlichkeit in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung ist verabschiedet.*
- ▶ Die Botschaft zum Gesundheitsberufegesetz ist verabschiedet.*

- ▶ Der Zwischenbericht zu den Evaluationsergebnissen betreffend der KVG-Revision im Bereich der Spitalfinanzierung (erste Etappe 2012 bis 2015) ist zur Kenntnis genommen. Der Bundesrat hat die weiteren Projekte des Evaluationsprogramms (zweite Etappe 2016 bis 2018) festgelegt.*
- ▶ Der Bericht zum Stand von Artikel 118a BV betreffend der Komplementärmedizin (in Erfüllung der Po. Graf-Litscher 14.3089 und Eder 14.3094) ist verabschiedet.*
- ▶ Der Bericht zur Langzeitpflege (in Erfüllung des Po. Fehr Jacqueline 12.3604) ist verabschiedet.*
- ▶ Der Bericht zur Umsetzung der ausserkantonalen Restfinanzierung im Rahmen der Pflegefinanzierung (in Erfüllung der Po. Heim 12.4051 und Bruderer Wyss 12.4099) ist verabschiedet.*
- ▶ Der Bericht zur Positionierung der Apotheken in der Grundversorgung (in Erfüllung des Po. Humbel 12.3864) sowie der Kurzbericht zur Sicherung der Medikamentenversorgung (in Erfüllung des Po. Heim 12.3426) sind verabschiedet.*
- ▶ Der Bericht zur Evaluation der Kostendeckung von Ausnüchterungszellen (in Erfüllung des Po. SGK-NR 13.4007) ist verabschiedet.*
- ▶ Der Bericht «Autismus und andere schwere Entwicklungsstörungen» (in Erfüllung des Po. Hêche 12.3672) ist verabschiedet.*

Ziel 3: Vertiefung der Beziehungen mit der EU im Gesundheitsbereich

- ▶ Die Verhandlungen im Bereich Lebensmittelsicherheit und öffentliche Gesundheit sind weitergeführt.

Ziel 4: Konsolidierung und Sicherung der Sozialwerke

- ▶ Die Vernehmlassung für die Weiterentwicklung IV ist vom Bundesrat eröffnet.*
- ▶ Der EO-Beitragssatz ab dem Jahr 2016 ist festgelegt.
- ▶ Das Vernehmlassungsverfahren zum Vorentwurf der Reform der Ergänzungsleistungen zur AHV/IV ist eröffnet.*
- ▶ Die geltende Ordnung für die Aufsicht über Ausgleichskassen und IV-Stellen ist überprüft.
- ▶ Die Botschaft zur Freizügigkeit bei der Wahl der Anlagestrategie durch die Versicherten (in Erfüllung der Mo. Stahl 08.3702) ist verabschiedet.*
- ▶ Die Botschaft zu einem AHV-, IV- und EO-Fondsgesetz ist verabschiedet.*
- ▶ Die Botschaft zur Revision des Bundesgesetzes über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG) ist verabschiedet.*

Ziel 5: Kinder-, Jugend- und Familienpolitik

- ▶ Der Bericht über die familienpolitische Strategie des Bundes (in Erfüllung des Po. Tornare 13.3135) ist verabschiedet.*
- ▶ Der Bericht «Krippen vergünstigen und den Sektor dynamisieren» (in Erfüllung des Po. Bulliard 13.3259) ist verabschiedet.*
- ▶ Der Bericht «Effektivität und Effizienz im Bereich Jugendmedienschutz und Bekämpfung von Internetkriminalität» (in Erfüllung der Mo. Bischofberger 10.3466) ist verabschiedet.*
- ▶ Die Berichte zu den Ergebnissen der Jugendschutzprogramme Gewaltprävention und Jugendmedienschutz (2011–2015) sind verabschiedet.*

Ziel 6: Bekämpfung der Armut

- ▶ Der Bericht «Rahmengesetz für die Sozialhilfe» (in Erfüllung des Po. SGK-NR 13.4010) ist verabschiedet.*
- ▶ Der Bericht «Rolle der Sozialfirmen» (in Erfüllung des Po. Carobbio Guscetti 13.3079) ist verabschiedet.*

Ziel 7: Umsetzung der Kulturpolitik des Bundes

- ▶ Die Botschaft über die Assoziierung am neuen Rahmenprogramm «Creative Europe» ist verabschiedet.*
- ▶ Die Ausführungsbestimmungen zu den Bundesgesetzen im Kulturbereich sind im Hinblick auf die Förderperiode 2016–2020 aktualisiert.

Ziel 8: Förderung der Lohngleichheit von Frau und Mann

- ▶ Die Anzahl Kontrollen im Beschaffungswesen bei Unternehmen mit mehr als 50 Angestellten in Bezug auf die Lohngleichheit ist erhöht.
- ▶ Erste Ergebnisse der Pilotphase zur Einführung von Lohngleichheitskontrollen im Beschaffungswesen bei Unternehmen mit höchstens 50 Angestellten sind vorgelegt.

Ziel 9: Stärkung der Lebensmittelsicherheit und der Tiergesundheit

- ▶ Die Anhörung zu den Ausführungsbestimmungen zum revidierten Bundesgesetz über Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände ist durchgeführt und ausgewertet.
- ▶ Die Revisionen der Verordnungen über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten sind verabschiedet.
- ▶ Die Revision der Tierseuchenverordnung ist verabschiedet.

Ziel 10: Optimierung und Weiterentwicklung der Produktion der Bundesstatistik

- ▶ Im Rahmen des Ausbaus der Datengrundlagen («Santé2020») werden im Bereich der ambulanten Gesundheitsversorgung (Projekt MARS) erste Ergebnisse zu den «Strukturdaten Spital ambulant» im März 2015 publiziert und die beiden ersten produktiven Erhebungszyklen betreffend «Patientendaten Spital ambulant» und «Strukturdaten Arztpraxen und ambulante Zentren» bis im Dezember 2015 gestartet.
- ▶ Für den Immobilienpreisindex ist bis Ende Jahr ein Konzept vorgelegt.

Ziel 11: Verbesserung des Zugangs zu Behördendaten

- ▶ Die Botschaft zur Teilrevision des Bundesgesetzes über die Meteorologie und Klimatologie (MetG) ist verabschiedet.*
- ▶ Die Anhörung zur Revision der Verordnung über die Meteorologie und Klimatologie ist nach Beschluss über das Bundesgesetz durch die Eidgenössischen Räte durchgeführt.
- ▶ Das zentrale Portal für offene und frei verfügbare Behördendaten ist geschaffen und in Betrieb genommen.

Justiz- und Polizeidepartement

Ziel 1: Migration und Integration

- ▶ Der Bundesrat hat die Botschaft zur Umsetzung der neuen Verfassungsbestimmung zu Art. 121a Bundesverfassung (BV) verabschiedet.*
- ▶ Die Neuverhandlungen zum Freizügigkeitsabkommen mit der EU sind aufgenommen.
- ▶ Die wichtigsten Massnahmen bei der Umsetzung der Neustrukturierung Asylbereich sind umgesetzt.*
- ▶ Der Bundesrat hat die Botschaft zur Änderung des Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer (AuG) zwecks Bekämpfung von Massnahmen zur Vermeidung von Missbräuchen verabschiedet.*
- ▶ Die Verhandlungen zu einer Zusatzvereinbarung zur Eurodac-Verordnung sind aufgenommen.
- ▶ Die Zusatzvereinbarung zur Übernahme der Rechtsgrundlagen des Internal Security Fund (ISF) liegt vor.
- ▶ Der Bundesrat hat die Ausführungsbestimmungen zur Totalrevision des Bürgerrechtsgesetzes verabschiedet.
- ▶ Der Bundesrat hat, gestützt auf eine Evaluation, eine Aussprache über die Zukunft des Schweizerischen Kompetenzzentrums für Menschenrechte geführt.

Ziel 2: Sicherheit und Bekämpfung der Kriminalität

- ▶ Der Bundesrat hat die Botschaft zum Bundesgesetz über die Harmonisierung der Strafrahmen im Strafgesetzbuch, im Militärstrafgesetz und im Nebenstrafrecht verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zur Umsetzung der Volksinitiative «Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen» eröffnet.*
- ▶ Der Bericht über die Verwahrungspraxis in der Schweiz (in Erfüllung des Po. Rickli 13.3978) ist vom Bundesrat verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat den Bericht zur Bekämpfung des Menschenhandels zum Zweck sexueller Ausbeutung (in Erfüllung der Po. Streiff-Feller 12.4162, Caroni 13.3332, Feri 13.4033 und Fehr 13.4045) verabschiedet.*
- ▶ Die Verordnung über kriminalpräventive Massnahmen in der Prostitution ist verabschiedet.
- ▶ Der Bericht zur risikobezogenen Analyse der Finanzkriminalität ist im Rahmen der IDAG zur Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung unter Leitung des EFD (SIF) erarbeitet.
- ▶ Der Bundesrat hat die kriminalstrategischen Prioritäten zwischen Bundesanwaltschaft und fedpol für die Jahre 2016–2019 zur Kenntnis genommen.

- ▶ Der Bundesrat hat das Datum des Inkrafttretens des Bundesgesetzes betreffend der im Ausland erbrachten privaten Sicherheitsdienstleistungen (BPS) und die entsprechende Ausführungsverordnung erlassen.*

Ziel 3: Internationale Zusammenarbeit im Justiz- und Polizeibereich

- ▶ Der Bundesrat hat die Botschaft zum Änderungsprotokoll Nr. 15 zur Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat die Botschaft zur Ratifizierung des 3. Zusatzprotokolls zur Kinderrechtskonvention der UNO verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zur Ratifikation des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt vom 11. Mai 2011 (Istanbul-Konvention) eröffnet.*
- ▶ Der Bundesrat hat den Überstellungsvertrag mit Brasilien genehmigt.
- ▶ Der Bundesrat hat das Verhandlungsmandat betreffend der Verstärkung und Vereinfachung der Zusammenarbeit zwischen den Polizeibehörden der EU-Mitgliedstaaten (Prüm) verabschiedet.*
- ▶ Die der Schweiz notifizierten Weiterentwicklungen des Schengen- und Dublin-Besitzstandes sind fristgerecht übernommen und umgesetzt, oder die EU hat eine allfällige Fristüberschreitung akzeptiert.

Ziel 4: Gesellschaftlicher Zusammenhalt

- ▶ Der Bericht zum zeitgemässen kohärenten Zivil- und insbesondere Familienrecht (in Erfüllung des Po. Fehr 12.3607) ist vom Bundesrat verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zur Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Erbrecht) eröffnet.*
- ▶ Der Bundesrat hat die Botschaft zum Bundesgesetz zur Wiedergutmachung des an Opfern von fürsorglichen Zwangsmassnahmen und anderen Fremdplatzierungen begangenen Unrechts verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat die Botschaft zur Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Kinderschutz) verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat die Botschaft zum neuen Geldspielgesetz verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zur Modernisierung des Urheberrechts eröffnet.*

Ziel 5: Staatliche Institutionen

- ▶ Der Bundesrat hat den Bericht zum klaren Verhältnis zwischen Völkerrecht und Landesrecht (in Erfüllung des Po. FDP-liberale Fraktion 13.3805) verabschiedet.*

Ziel 6: Wirtschaftsstandort Schweiz

- ▶ Der Bundesrat hat vom Vernehmlassungsergebnis zur Revision des Obligationenrechts (Aktienrecht inkl. Umsetzung von Art. 97 Abs. 3 BV) Kenntnis genommen und über das weitere Vorgehen entschieden.*
- ▶ Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zur Revision des Bundesgesetzes vom 16. Dezember 1983 über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland (Lex Koller) eröffnet.*
- ▶ Die Vernehmlassung zum schweizerischen Anwaltsgesetz ist vom Bundesrat eröffnet.
- ▶ Der Bundesrat hat die Ausführungsverordnungen zur Swissness-Gesetzesvorlage verabschiedet und das Datum des Inkrafttretens festgelegt.

Ziel 7: Förderung der Gleichstellung von Frau und Mann

- ▶ Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zu zusätzlichen Massnahmen zur Durchsetzung der Lohnleichheit eröffnet.*

Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

Ziel 1: Weiterentwicklung der Armee

- ▶ Die Voraussetzungen zur Erreichung der politischen Vorgaben für die Umsetzung der Weiterentwicklung der Armee, sind im finanziellen, personellen und materiellen Bereich sichergestellt. Die entsprechende Umsetzungsplanung liegt vor.

Ziel 2: Einsätze der Armee

- ▶ Die Botschaft über die Einsätze der Armee zur Unterstützung ziviler Behörden ist verabschiedet.*
- ▶ Die Botschaft über den Einsatz der Armee zur Unterstützung der Sicherheit des World Economic Forum (WEF) 2016 bis 2018 ist verabschiedet.*

Ziel 3: Beschaffungsmanagement VBS

- ▶ Die im Rahmen des Projektes «Optimierung Beschaffungsprozesse VBS» definierten Massnahmen, insbesondere zur konsequenten Umsetzung des Prozess- und Rollenmodells Verteidigung/armasuisse, sind planmässig umgesetzt.

Ziel 4: Immobilienmanagement VBS

- ▶ Die Massnahmen zur Optimierung des Immobilienmanagements VBS sind gemäss dem entsprechenden Vorgehenskonzept planmässig umgesetzt.

Ziel 5: Management der Informationssicherheit im Bund

- ▶ Die Botschaft zum Informationssicherheitsgesetz (ISG) ist verabschiedet.*

Ziel 6: Umsetzung Sicherheitsverbund Schweiz (SVS)

- ▶ Die Rechtsgrundlagen für den Konsultations- und Koordinationsmechanismus Sicherheitsverbund Schweiz (KKM SVS) sind verabschiedet.*
- ▶ Die Sicherheitsverbundsübung 2014 ist ausgewertet. Der Bericht zuhanden der politischen Plattform des SVS liegt vor.
- ▶ Über das weitere Vorgehen zur Zukunft der krisenresistenten Kommunikation zwischen den Partnern des SVS ist entschieden.*
- ▶ Der Bericht der Studiengruppe Dienstpflichtsystem ist genehmigt und über das weitere Vorgehen ist entschieden.*

Ziel 7: Weiterentwicklung Bevölkerungsschutz und Zivilschutz

- ▶ Der Bericht «Bevölkerungsschutz und Zivilschutz 2015+» ist erarbeitet.
- ▶ Die Gesamtnotfallübung 2015 zur Bewältigung eines Unfalls mit einem Schweizer Kernkraftwerk (KKW) ist durchgeführt und ausgewertet.

Ziel 8: Sportförderung und Anpassung von Rechtsgrundlagen im Bereich Sport

- ▶ Die Botschaft zur Ratifizierung der europäischen Konvention gegen Wettkampfmanipulation ist verabschiedet.*
- ▶ Das Leistungs- und Breitensportkonzept ist verabschiedet.*
- ▶ Über das weitere Vorgehen zur Realisierung des Nationalen Schneesportzentrums ist entschieden.*

Ziel 9: Umsetzung des aktualisierten Grundauftrags des Nachrichtendienstes Bund (NDB)

- ▶ Der vom Bundesrat per 2015 neu erteilte Grundauftrag ist personell zugewiesen und umgesetzt. Der NDB bearbeitet aktiv die im Grundauftrag bezeichneten Kerngebiete (Beschaffung, Auswertung, Lagebeurteilung und Lieferung von Produkten mit nachrichtendienstlichem Mehrwert).

Finanzdepartement

Ziel 1: Wahrung des Gleichgewichts des Bundeshaushalts

- ▶ Der Bundesrat hat – gestützt auf die finanzpolitische Standortbestimmung Anfang 2015 (Voranschlag 2016 / Legislaturfinanzplan 2017–2019) – die finanziellen Bandbreiten für die anstehenden mehrjährigen Finanzbeschlüsse festgelegt.*
- ▶ Zur Stärkung der mittelfristigen Perspektive hat der Bundesrat die finanzpolitischen Prioritäten für die nächsten zwei Legislaturen bestimmt. Die Prioritäten beziehen sich auf Einnahmen (u.a. Priorisierung der Steuerreformen) wie auch auf Ausgaben (z.B. Zielwachstumsraten nach Aufgabengebieten) und werden im Legislaturfinanzplan 2017–2019 abgebildet.*
- ▶ Zur Verbesserung der Haushaltsteuerung wird per 1. Januar 2017 ein neues Führungsmodell für die Bundesverwaltung (NFB) eingeführt. Der Bundesrat hat die dazu notwendigen Änderungen der Finanzhaushaltverordnung sowie der Regierungs- und Verwaltungsorganisationsverordnung verabschiedet.*

Ziel 2: Stabilität und Standortattraktivität des Finanzplatzes

- ▶ Der Bundesrat hat Kenntnis genommen von den Zwischenergebnissen und – wenn bereits vorliegend – vom Endergebnis der Verhandlungen mit der EU zur Umsetzung des automatischen Informationsaustausches (AIA), wobei der exakte Umsetzungsfahrplan auch vom Zeitplan der EU abhängen wird.*
- ▶ Der Bundesrat hat das Ergebnis der Verhandlungen mit Partnerstaaten zum automatischen Informationsaustausch (AIA) sowie ein entsprechendes Umsetzungsgesetz in die Vernehmlassung geschickt und die entsprechende Botschaft verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat das Vernehmlassungsergebnis zur Kenntnis genommen und die Botschaft zur unilateralen Ausweitung des OECD-Standards auf bestehende, aber mit Bezug auf den Informationsaustausch noch nicht standardkonforme Doppelbesteuerungsabkommen verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat weitere Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) mit einer Informationsaustauschklausel nach OECD-Standard unterzeichnet und voraussichtlich drei Botschaften zu bereits unterzeichneten Abkommen verabschiedet.*
- ▶ Gestützt auf eine rechtliche und ökonomische Analyse zur Beurteilung der Vor- und Nachteile eines möglichen sektoriellen Abkommens mit der EU im Finanzdienstleistungsbereich (FDLA) hat der Bundesrat eine Abwägung der Wunsch- und Machbarkeit vorgenommen und das weitere Vorgehen definiert.*
- ▶ Der Bundesrat hat auf der Grundlage der wichtigsten Entwicklungen der internationalen Finanzmarktregulierung (insbesondere in der EU) über bilaterale Vereinbarungen mit wichtigen Partnern zur Erhaltung und Verbesserung des Marktzugangs im Finanzdienstleistungsbereich und zur vertieften Kooperation im Finanzbereich entschieden.*

- ▶ Der Bundesrat hat die Botschaft zur Genehmigung des multilateralen Übereinkommens der OECD und des Europarates über die gegenseitige Amtshilfe in Steuersachen verabschiedet.*
- ▶ Nachdem mit den USA eine Vereinbarung über den Wechsel von Modell 2 zu Modell 1 des FATCA-Abkommens (Foreign Account Tax Compliance Act) abgeschlossen werden konnte, hat der Bundesrat die Vernehmlassung durchgeführt und gegebenenfalls die Botschaft verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat im Verlaufe des Jahres die Empfehlungen des OECD-BEPS-Projekts evaluiert. BEPS (Base Erosion and Profit Shifting) zielt darauf ab, die Gewinnverkürzung und die Gewinnverlagerung von Unternehmen in Tiefsteuerländer zu bekämpfen. Im Hinblick auf den Abschluss des Projekts hat der Bundesrat u.a. entschieden, wie die Umsetzung ins interne Recht vorgenommen und wie Doppelbesteuerungsabkommen geändert werden sollen, damit die steuerliche Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz gestärkt wird.*
- ▶ Der Bundesrat hat die Botschaft zum Finanzdienstleistungsgesetz verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zur Revision des Versicherungsvertragsgesetzes eröffnet.*
- ▶ Der Bericht zur risikobezogenen Analyse der Finanzkriminalität ist im Rahmen der IDAG zur Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung unter Leitung des EFD (SIF) erarbeitet.

Ziel 3: Attraktivität und Glaubwürdigkeit des schweizerischen Steuersystems

- ▶ Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zu einem Klima- und Energielenkungssystem mit Klima- und Stromabgabe eröffnet.*
- ▶ Der Bundesrat hat vom Vernehmlassungsergebnis Kenntnis genommen und die Botschaft zur Unternehmenssteuerreform III verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat vom Vernehmlassungsergebnis Kenntnis genommen und die Botschaft zur Revision der Verrechnungssteuer verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat die Botschaft zur Revision des Steuerstrafrechts verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat vom Vernehmlassungsergebnis Kenntnis genommen und die Botschaft zur Teilrevision des Mehrwertsteuergesetzes (MWSTG) verabschiedet.*
- ▶ Der Bericht «Volkswirtschaftliche und fiskalpolitische Folgen von konkreten Modellen der Individualbesteuerung» (in Erfüllung des Po. FK-N 14.3005) ist vom Bundesrat verabschiedet.*
- ▶ Der Bericht «Finanzielle Entlastung von Familien mit Kindern» (in Erfüllung des Po. WAK-N 14.3292) ist vom Bundesrat verabschiedet.*

Ziel 4: Öffentliches Beschaffungswesen

- ▶ Der Bundesrat hat vom Vernehmlassungsergebnis zur Revision des Bundesgesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen Kenntnis genommen und gegebenenfalls die Botschaft verabschiedet (falls die parallelen Revisionsarbeiten bei den Kantonen wie geplant voranschreiten).*

Ziel 5: Informations- und Kommunikationstechnologien

- ▶ Der Bundesrat hat die E-Government-Strategie und die Rahmenvereinbarung Bund-Kantone erneuert.*
- ▶ Der Bundesrat hat die IKT-Strategie Bund 2016–2019 verabschiedet. Darin legt er die Grundausrichtung und geplante Entwicklung zum Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien in der Bundesverwaltung fest.*
- ▶ Im Rahmen der Einführung von UCC (Unified Communication & Collaboration) in der Bundesverwaltung sind 16'000 Arbeitsplätze auf UCC migriert. UCC ist eine computerbasierte Kommunikationslösung, welche die Festnetztelefonie ablöst und zusätzliche Funktionen enthält, welche die Mobilität und Zusammenarbeit unterstützen.
- ▶ Das erweiterte Marktmodell für die IKT-Standarddienste im Bereich Identitäts- und Zugriffsverwaltung Bund ist vom Bundesrat verabschiedet.
- ▶ Die ersten Meilensteine mit Blick auf eine Private Cloud Computing Plattform im Bund sind realisiert: Die Cloud-Plattform ist beschafft, sie ist aufgebaut und integriert sowie in Betrieb. Die ersten beiden Marktleistungen (Windows und Linux Server) stehen den Kunden auf der Cloud-Plattform zur Selbstbedienung zur Verfügung.

Ziel 6: Grundlagenbericht Rohstoffe

- ▶ Der Bundesrat hat vom zweiten Bericht zum Stand der Umsetzung der Empfehlungen aus dem Grundlagenbericht Rohstoffe vom 27. März 2013 Kenntnis genommen.*

Ziel 7: Personalstrategie Bundesverwaltung 2015–2019

- ▶ Der Bundesrat hat die Personalstrategie Bundesverwaltung 2015–2019 verabschiedet.*
- ▶ Die neue Personalstrategie Bundesverwaltung 2015–2019 erfordert eine Überprüfung und Anpassung der strategischen Sollwerte und Indikatoren für das Personalmanagement. Der Bundesrat hat die Sollwerte und Indikatoren festgelegt.*

Ziel 8: Förderung der Mehrsprachigkeit

- ▶ Der Bundesrat hat eine aktualisierte Version des Evaluationsberichts 2008–2011 zur Förderung der Mehrsprachigkeit in der Bundesverwaltung zuhanden der Bundesversammlung verabschiedet.*
- ▶ Eine interdepartementale Sensibilisierungsaktion zur Mehrsprachigkeit in der Bundesverwaltung «Capito? Comprendere l'italiano in Svizzera» ist durchgeführt (8 Module à je 16 Personen, interdepartementale Zusammensetzung).

Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung

Ziel 1: Festigung und weiteres Wachstum der schweizerischen Wirtschaft in allen ihren Segmenten durch bestmögliche Rahmenbedingungen, um die Vollbeschäftigung zu erhalten

- ▶ Der Bundesrat verabschiedet die Stossrichtung der langfristig orientierten Wirtschaftspolitik 2016–2019.*
- ▶ Der Bericht zur administrativen Erleichterung ist verabschiedet.*
- ▶ Die Botschaft Standortförderung 2016–2019 ist den Eidg. Räten unterbreitet. Damit soll die programmatische Ausrichtung der Standortförderung festgelegt und die weitere Finanzierung der Instrumente gesichert werden.*
- ▶ Für die Umsetzung der Neuen Regionalpolitik (NRP) sind mit den antragstellenden Kantonen Programmvereinbarungen 2016–2019 abgeschlossen.
- ▶ Die Botschaft zur Volksinitiative «Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln» ist verabschiedet.*
- ▶ Die Vernehmlassung zur Revision des Bundesgesetzes gegen die Schwarzarbeit (BGSA) ist durchgeführt und die Botschaft redigiert.
- ▶ Die Botschaft zur Optimierung der flankierenden Massnahmen (FlaM) zur Personenfreizügigkeit im Entsendegesetz, im Obligationenrecht und im Bundesgesetz über die Allgemeinverbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen ist genehmigt, die Vernehmlassung zu einer Anpassung der FlaM im Rahmen der Umsetzung des neuen Verfassungsartikels 121a abgeschlossen und die Botschaft genehmigt.

Ziel 2: Verstärkung der Freihandelspolitik durch den Ausbau des Netzes von Freihandelsabkommen und die Weiterentwicklung bestehender Abkommen

- ▶ Die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Guatemala sind abgeschlossen und das Abkommen ist unterzeichnet.*
- ▶ Die Verhandlungen über ein EFTA-Freihandelsabkommen mit Vietnam wurden zum Abschluss gebracht und bei den Freihandelsverhandlungen mit Indien, Malaysia und Indonesien wurden bedeutende Fortschritte erzielt; die Verhandlungen über die Weiterentwicklung des bestehenden Freihandelsabkommens zwischen den EFTA-Staaten und der Türkei befinden sich in einem fortgeschrittenen Stadium; mit Kanada und Mexiko wurden Verhandlungen über ein Abkommen aufgenommen.*
- ▶ Der handelspolitische Dialog, den die EFTA-Staaten mit den USA vor dem Hintergrund der Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA aufgenommen haben, wird fortgesetzt, um jegliche Diskriminierungen von Schweizer Unternehmen zu verhindern.*
- ▶ Der Bundesrat hat sich weiterhin für das gute Funktionieren des Freihandelsabkommens zwischen der Schweiz und der EU von 1972, einschliesslich der zugehörigen Protokolle, eingesetzt.

- ▶ Der Bundesrat hat sich weiterhin darum bemüht, die im Rahmen des Abkommens zwischen der Schweiz und der EU über die gegenseitige Anerkennung von Konformitätsbewertungen (MRA) gewährten Vorteile aufrechtzuerhalten.
- Ziel 3: Die Schweiz festigt ihre Position in den multilateralen Institutionen und leistet einen angemessenen Beitrag zur Bewältigung der Armutprobleme sowie zur Minderung globaler Risiken**
- ▶ In der Weltbank und der European Bank for Reconstruction and Development (EBRD) ergreift die Schweiz Massnahmen, um ihren Sitz im Verwaltungsrat (Board) im Rahmen der anlaufenden Gouvernanzreformen zu verteidigen. Eine Rotation soll nur unter Einhaltung klarer und spezifischer Bedingungen möglich werden, welche den Interessen der Schweiz und der gesamten Stimmrechtsgruppe dienen.
 - ▶ Die Schweiz nimmt Einfluss auf die strategische Ausrichtung des Green Climate Fund (GCF) und leistet einen angemessenen Beitrag an dessen Finanzierung.
 - ▶ Umsetzung des Verhandlungsmandats zur Positionierung der Schweiz in den internationalen Verhandlungen zur universellen Agenda für eine nachhaltige Entwicklung post-2015.*
- Ziel 4: Sicherung der Verhandlungsfunktion der WTO und Sicherung der multilateralen Handelsordnung**
- ▶ Die Ergebnisse der 9. WTO-Ministerkonferenz in Bali sind umgesetzt und die Grundlagen für die weiteren Arbeiten in der WTO gesichert (Erarbeitung eines WTO-Arbeitsplans im Hinblick auf einen Abschluss der WTO-Doha-Runde).*
- Ziel 5: Sicherung der Kontinuität der Bundesaktivitäten im BFI-Bereich**
- ▶ Das Aussprachepapier zur Botschaft über die Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2017–2020 (BFI-Botschaft 2017–2020) ist verabschiedet.*
 - ▶ Die Schweizer Roadmap für Forschungsinfrastrukturen ist erneuert.*
- Ziel 6: Gewährleistung der hohen Qualität und des international guten Rufs des schweizerischen Hochschulsystems und der Forschung**
- ▶ Die Botschaft über die Beteiligung der Schweiz am Betrieb der Europäischen Freielektronen-Röntgenlaseranlage (European XFEL) ist verabschiedet.*
 - ▶ Der Bericht «Eine Roadmap zur Verdoppelung des Netzwerkes Swissnex» (in Erfüllung des Po. Derder 12.3431) ist verabschiedet.*
 - ▶ Die Lancierung neuer Nationaler Forschungsprogramme (NFP) ist erfolgt.*
 - ▶ Die Revision der Statuten und des Beitragsreglements des Schweizerischen Nationalfonds ist abgeschlossen.*

- ▶ Die Schweizerische Hochschulkonferenz hat unter der Leitung des Departementschefs getagt und ihre Arbeit als oberstes hochschulpolitisches Organ der Schweiz aufgenommen.

Ziel 7: Stärkung des Innovationsstandortes Schweiz

- ▶ Die Reform der Kommission für Technologie und Innovation KTI (in Erfüllung der Mo Gutzwiller 11.4136) ist eingeleitet.*
- ▶ Die Botschaft Innovationspark ist verabschiedet.*
- ▶ Eine neue Steuerungsstruktur für den Raumfahrtbereich ist eingesetzt. Diese umfasst einen politischen Teil zur interdepartementalen Koordination und einen fachlichen Teil zur Koordination mit den öffentlichen und privaten Akteuren.

Ziel 8: Der Nachwuchs für qualifizierte Fachkräfte in Wissenschaft und Wirtschaft wird gefördert, und die Bildungs- und Beschäftigungsfähigkeit von Jugendlichen ist verbessert

- ▶ Die Botschaft zum Gesundheitsberufegesetz ist verabschiedet.*
- ▶ Im Rahmen des Massnahmenpakets zur Stärkung der höheren Berufsbildung ist eine subjektorientierte staatliche Finanzierung der Absolvierenden von eidgenössischen Prüfungen festgesetzt. Die Ergebnisse der Vernehmlassung zur entsprechenden Revision des Berufsbildungsgesetzes liegen vor und das weitere Vorgehen im Hinblick auf die Botschaft über die Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2017–2020 ist festgelegt.*
- ▶ Im Bereich der höheren Fachschulen sollen die Anerkennungsverfahren verschlankt und beschleunigt sowie die Rollen der Akteure geklärt werden. Die Verordnung des WBF über Mindestvorschriften zur Anerkennung von Bildungsgängen und Nachdiplomstudien der höheren Fachschulen ist vor diesem Hintergrund überarbeitet.
- ▶ Die Arbeiten zu einer Verordnung des Weiterbildungsgesetzes sind abgeschlossen.
- ▶ Im Hinblick auf die Botschaft BFI 2017–2020 ist die Umsetzung der im Bundesratsbericht vorgeschlagenen Massnahmen zur Verbesserung der Situation des Nachwuchses an den Hochschulen zusammen mit den Rektorenkonferenzen und den Forschungsförderungsinstitutionen diskutiert und festgelegt.

Ziel 9: Weiterentwicklung der Agrarpolitik in Richtung einer integralen Politik für die Land- und Ernährungswirtschaft

- ▶ Die Vernehmlassung zur Agrarpolitik in den Jahren 2018–2021 ist abgeschlossen.*
- ▶ Die Botschaft zur Volksinitiative für Ernährungssicherheit ist verabschiedet.*
- ▶ Die Antibiotikastrategie, erarbeitet durch das WBF und das EDI, ist verabschiedet.*

Ziel 10: Anpassung der Wohnungspolitik an veränderte Marktverhältnisse

- ▶ Die Botschaft zu einer Änderung des Mietrechts im Obligationenrecht ist verabschiedet.*

Ziel 11: Optimierung des Vollzugs des Zivildienstes

- ▶ Die Revision der Zivildienstverordnung ist durch den Bundesrat gutgeheissen und per Anfang 2016 in Kraft gesetzt.*

Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

- Ziel 1: Die Schweiz verfügt über ein finanziell solides, ausgebautes und verträgliches Verkehrsinfrastruktursystem**
- ▶ Die Botschaft zur Schaffung eines Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds (NAF), zur Schliessung der Finanzierungslücke und zum Strategischen Entwicklungsprogramm Nationalstrasse ist verabschiedet.*
 - ▶ Der Konzeptbericht Mobility Pricing ist verabschiedet.*
 - ▶ Die Botschaft zur Revision des Arbeitszeitgesetzes ist verabschiedet.*
 - ▶ Der Bericht über die Verkehrsverlagerung 2015 ist verabschiedet.*
 - ▶ Die Vernehmlassung zur Organisation der Bahninfrastruktur ist eröffnet.*
 - ▶ Die Botschaft zum «Systemwechsel Finanzierung Bahninfrastruktur, Umsetzung» ist verabschiedet.
 - ▶ Die Botschaft zum vierjährigen Zahlungsrahmen für den regionalen Personenverkehr ist verabschiedet.
 - ▶ Die Verordnungsanpassungen im Rahmen von FABI sind verabschiedet.
 - ▶ Die Verordnung über die behindertengerechte Gestaltung des öffentlichen Verkehrs (VBöV) ist revidiert.
 - ▶ Die Vorlage für eine Neuordnung des Lärmentschädigungssystems liegt vor.
- Ziel 2: Weltweite Erschliessung der Schweiz auf dem Luftweg; Rechts- und Planungssicherheit für die Schweizer Landesflughäfen**
- ▶ Die Botschaft zur zweiten Teilrevision des Luftfahrtgesetzes ist vom Bundesrat verabschiedet.*
 - ▶ Der Luftfahrtpolitische Bericht 2015 ist verabschiedet.*
 - ▶ Zusätzliche Sicherheitsmassnahmen auf dem Flughafen Zürich sind zu einem wesentlichen Teil umgesetzt.
 - ▶ Der Koordinationsprozess für das SIL (Sachplan Infrastruktur der Luftfahrt)-Objektblatt des Flugplatzes Dübendorf ist abgeschlossen.
 - ▶ Das neue Konzept für Gebirgslandeplätze ist verabschiedet.
- Ziel 3: Die Schweiz trägt zur Eindämmung des Klimawandels und seiner Folgen bei**
- ▶ Die Botschaft zur Ratifikation eines bilateralen Abkommens mit der EU über die Verknüpfung des Emissionshandels ist vom Bundesrat verabschiedet.*
 - ▶ Die weitergehenden Reduktionsziele für die Zeit nach 2020 sind bei der UNO-Klimakonvention eingereicht.*

- Ziel 4: Die Schweiz pflegt eine optimale Raum- und Bodennutzung und sorgt für einen wirksamen Umwelt-, Kulturland- und Naturschutz, insbesondere durch eine bessere Abstimmung von Raumordnung und Infrastrukturen**
- ▶ Die Botschaft zur zweiten Etappe der Revision des Raumplanungsgesetzes ist verabschiedet.*
 - ▶ Der Bericht zur Weiterführung der Agglomerationspolitik ist verabschiedet.*
 - ▶ Der Aktionsplan zur Umsetzung der Strategie Biodiversität Schweiz ist verabschiedet.*
 - ▶ Der Bericht zur Politik der ländlichen Räume und Berggebiete (in Erfüllung der Mo. Maissen 11.3927) ist verabschiedet.*
 - ▶ Ein Konzept zum Einbezug der Bundesinteressen bei Fragen der Windenergienutzung liegt vor.
 - ▶ Der Bericht «Umgang der Schweiz mit Naturgefahren» (in Erfüllung des Po. Darbellay 12.4271) ist verabschiedet.
- Ziel 5: Sicherstellung einer wirtschaftlichen, nachhaltigen und sicheren Energieversorgung der Schweiz**
- ▶ Die Botschaft zum «Bundesbeschluss über die zweite Etappe der Strommarktöffnung» ist verabschiedet.*
 - ▶ Die Botschaft zur «Strategie Stromnetze» ist verabschiedet.*
 - ▶ Die Verhandlungen zum Stromabkommen mit der EU sind abgeschlossen und die entsprechende Botschaft ist verabschiedet.*
 - ▶ Die für die Vernehmlassungsvorlage zum «Klima- und Energielenkungssystem» notwendigen quantitativen Untersuchungen sind durchgeführt und die Vernehmlassung ist eröffnet.*
 - ▶ Die Risiko- und Verwundbarkeitsanalyse für den Teilsektor «Stromversorgung» im Rahmen der Nationalen Strategie zum Schutz der Schweiz vor Cyber-Risiken ist erstellt.
- Ziel 6: Weiterentwicklung der Politik bezüglich Radio- und Fernsehen sowie Informations- und Kommunikationstechnologien**
- ▶ Die Vernehmlassung zur Revision des Fernmeldegesetzes ist eröffnet.*
 - ▶ Die Revision der Radio- und Fernsehverordnung ist verabschiedet (Vorbehältlich der Annahme des revidierten RTVG in einer allfälligen Referendumsabstimmung).*
 - ▶ Die Umsetzung der Strategie für eine Informationsgesellschaft in der Schweiz ist evaluiert und das weitere Vorgehen definiert.
 - ▶ Die Vergabetätigkeit von Domainnamen unter «swiss» wurde aufgenommen.

- ▶ Aktives internationales Engagement für eine demokratische, rechtsstaatliche und partizipative Internet Gouvernanz und Stärkung von Genf als Zentrum in diesem Bereich.
- ▶ Planmässige Migration der Endkundenverhältnisse bezüglich Internet-Domainnamen «ch» von Switch zu anerkannten Registraren

